

Der Brunnerbrief

No. 09/2018 – 18.05.2018



Bevor es in die Heimat geht, habe ich TV-Berlin noch ein Interview zur aktuellen Sicherheitslage und dem Zustand der Bundeswehr gegeben.

#PAG – so ein Schmarrn.

Bisher war ich immer stolz auf die demokratische Tradition Bayerns. Als erster deutscher Staat haben wir 1918 die Fürsten abgesetzt. Der Sozialdemokrat Eisner rief die Republik aus. Die demokratische Neuordnung verlief vergleichsweise besonnen und zügig. Wir Bayern wollten Recht und Freiheit und bekamen sie auch.

Und heute? Die CSU will das autoritärste Polizeigesetz seit dem Ende des 2. Weltkrieges umsetzen, obwohl jede Kriminalstatistik nach unten zeigt und zehntausende Menschen dagegen auf die Straße gehen.

Kriminalitätsexperten kritisieren dabei vor allem drei Punkte:

1. Statt bisher bei „konkreter“ darf die Polizei nun bei einer völlig undefinierten „drohenden Gefahr“ eingreifen. Obwohl das Bundesverfassungsgericht diesen Begriff ganz spezifisch gegen Terrorismus eingeführt hat, sollen Streifenpolizisten das jetzt in der Alltagskriminalität umsetzen.
2. Mehr Überwachung.
3. Menschen können zeitlich unbegrenzt in Präventivgewahrsam genommen werden.



www.facebook.com/Brunner.SPD

Wir müssen erleben, dass eine demokratische Partei aus Angst vor der AfD Recht und Freiheit torpediert.

Das neue Polizeiaufgabengesetz ist in den falschen Händen brandgefährlich. Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung, mit dem allein auf Verdacht die Grundrechte außer Kraft gesetzt werden konnte, um die staatliche „Ordnung“ zu garantieren ist Beispiel dafür. Wir alle wissen, wo es hinführte als dieser Artikel von den Nazis missbraucht wurde.

Das Ziel Ordnung und Sicherheit zu garantieren mag auch hier Pate gestanden sein. Doch werden Grundrechte beschnitten, um die CSU im Vorfeld der Landtagswahl als harte Hunde darzustellen. Angst zu schüren, um Stimmen zu gewinnen, kann keine Lösung sein.

Um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu bedienen, sollte die Präsenz der Polizei erhöht werden. Der freundliche Polizist an der Ecke und eine gut ausgestattete Wache, mehr braucht es oft nicht.

Ich hoffe nun darauf, dass das Bundesverfassungsgericht Söder und Konsorten in die Schranken weist.

NUXIT: Politik ohne Bürger

Mit teils heftigen gegenseitigen Vorwürfen wurde innerhalb und außerhalb des

Neu-Ulmer Stadtrates in den letzten Wochen über den sogenannten „NUXIT“ debattiert. Ich persönlich finde es falsch, trotz des erreichten Quorums bei weit über 3000 Unterschriften das Bürgerbegehren nicht zuzulassen. Rechtsanwaltliche Gutachten sind keine Gerichtsurteile, die vorgetragenen Mängel gegen das Begehren sind aus meiner Sicht nicht zwingend. Davon abgesehen zeigt die Erfahrung, dass Auftragsgutachten üblicherweise im Sinne des Auftraggebers ausfallen. Dazu muss man keinerlei bösen Willen unterstellen – es ist einfach so, dass die Stellung einer Frage immer auch die Antwort mitdefiniert.

Alles in allem erweckt das Vorgehen leider den Eindruck, hier solle mit allen Mitteln eine Bürgerbeteiligung verhindert werden.

Eines muss zu der NUXIT-Debatte aber auch gesagt werden: Die Bürgerinnen und Bürger sind Ausgangspunkt guter Politik. Alle müssen aufpassen, dass man im Streit um die besten Lösungen nicht eben diese aus dem Auge verliert und eine Diskussion zunehmend polarisiert und diese in Teilen unnötig unsachlich wird. Haltungen dürfen nicht zum Selbstzweck werden. Der Bevölkerung Neu-Ulms ist es zu wünschen, dass Bürgerinitiative, Stadtrat und Stadtverwaltung noch einen Weg aus dem herausfinden, was momentan wie ein großer Scherbenhaufen aussieht.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Ich bin per Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichbar. Die Türen meines Wahlkreisbüros in Neu-Ulm stehen zu dem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

